



STADTVERBAND KÖNIGSWINTER



Gemeinsam die Herausforderungen von heute und morgen angehen

Koalitionsvereinbarung
zwischen
CDU Königswinter
und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Königswinter
für die Ratsperiode 2025-2030

Königswinter, Dezember 2025

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL	3
SOLIDE UND NACHHALTIGE HAUSHALTSPOLITIK	4
STADTENTWICKLUNG FÜR EIN ATTRAKTIVES UND LEBENSWERTES KÖNIGSWINTER.....	5
CHANCEN FÜR DIE WIRTSCHAFT	6
KLIMANEUTRALES KÖNIGSWINTER.....	8
MODERNE MOBILITÄT FÜR ALLE	9
AUSBAU DER DIGITALEN VERWALTUNG	12
VORSORGE FÜR MEHR SICHERHEIT	14
GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT ALS FUNDAMENT	14
CHANCENGERECHTE BILDUNG UND FÖRDERUNG	17
STÄRKUNG VON EHRENAMT, KULTUR UND STÄDTEPARTNERSCHAFTEN ...	21
UNTERSTÜTZUNG FÜR SPORT, FREIZEIT UND GESUNDHEIT	22
ZUSAMMENARBEIT IN DER KOALITION	24

Präambel

Königswinter steht vor entscheidenden Jahren. Wir wollen gemeinsam Verantwortung für unsere Heimatstadt übernehmen. Uns eint dabei der Wille, uns für ein lebenswertes Königswinter einzusetzen. Wir wollen unsere Stadt modern, wirtschaftlich stark, sozial, sicher und zukunftsfähig machen.

Gemeinsam wollen wir die großen Herausforderungen von heute und morgen angehen. Wir tun dies in dem Wissen, dass der Schutz unserer natürlichen Ressourcen Voraussetzung für ein gutes Leben ist, heute und für kommende Generationen. Deshalb setzen wir auf Klimaschutz, der im Alltag spürbar ist – durch nachhaltige Energie, umweltfreundliche und zeitgemäße Mobilität und den Schutz unserer Natur. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe sollen durch weniger Bürokratie, einfach nutzbare Online-Dienste und eine moderne Verwaltung weiter verbessert werden. Wir stehen für eine Politik, die zuhört, aktiv gestaltet, die Bürgerschaft beteiligt und ihre Anliegen ernst nimmt. Die Menschen sollen im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen. Wir wollen gemeinsam den Zusammenhalt unserer Gesellschaft mit offener und verständlicher Politik für alle Einwohnerinnen und Einwohner stärken und mit Rücksicht, Respekt und Verantwortungsbewusstsein handeln.

Als Parteien der demokratischen Mitte sehen wir uns gemeinsam in der Verantwortung. Dieser Koalitionsvertrag bildet die Grundlage für ein Bündnis, das Gegensätze überwinden und neue Brücken bauen wird.

Solide und nachhaltige Haushaltspolitik

Unser Ziel ist – trotz der teilweise schwierigen externen Faktoren – eine solide, nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik. Dadurch soll der Haushalt möglichst jedes Jahr strukturell ausgeglichen gestaltet werden. Wenn sich kurzfristig Defizite nicht vermeiden lassen, soll zumindest mittelfristig ein strukturell ausgeglichener Haushalt angestrebt werden. Wir wollen die Eigenkapitaldecke stabilisieren und sofern möglich steigern. Das Haushaltssicherungskonzept soll vermieden werden, um weiterhin selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben. Damit stellen wir sicher, dass zentrale Zukunftsaufgaben gewährleistet werden.

Investitionen in die Zukunft sollen nachhaltig abgesichert werden, um angestoßene und geplante Projekte umzusetzen. In diesem Zusammenhang sind zudem alle Möglichkeiten von Förderprogrammen auszuschöpfen.

Wie in der Vergangenheit werden breite Mehrheiten im Stadtrat für grundsätzliche Haushaltsbeschlüsse angestrebt, weil die Entscheidungen oft weitreichende Auswirkungen als auf den aktuellen Haushaltsplan haben und zudem alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt betreffen. Wir wollen weiterhin die Möglichkeit freiwilliger Ausgaben in Kinderbetreuung, Kunst, Kultur, Sport, Bäderbetrieb, Ehrenamt und auch Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur etc. sichern.

Neue Gewerbe- und Baugebiete werden Mehreinnahmen bei Gewerbe- und Grundsteuer generieren, so dass die Steuersätze nicht angepasst werden müssen. Steuererhöhungen über den Inflationsausgleich hinaus wollen wir, wenn möglich vermeiden. Zusätzliche Gelder aus dem Infrastruktur- und Investitionsprogramm von Bund und Land werden wir zukunftsorientiert und nachhaltig einsetzen.

Es ist unser Ziel, Ausgaben vor allem im konsumtiven Bereich sinnvoll zu reduzieren. Dazu sind alle Haushaltspositionen kritisch zu überprüfen. Digitalisierung bietet Chancen für die Stabilisierung des Stellenplans und vermeidet zugleich Einschränkungen im Bürgerservice. Die Elterngeldbeitragssätze bei Kita und OGS wollen wir aufkommensneutral halten. Wir wollen Kooperationen mit anderen Kommunen prüfen, um durch Synergien Kosten zu senken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anwendung des Konnexitätsprinzips beachtet wird.

Es wird eine Arbeitsgruppe Verwaltung/Politik mit dem Ziel eingerichtet, kreative Ideen zur Haushaltsplanung zu konzipieren.

Stadtentwicklung für ein attraktives und lebenswertes Königswinter

Angestoßene Großprojekte werden fortgeführt. Anpassungen können erfolgen, ohne jedoch Fördermittelzusagen zu gefährden.

Umgestaltung Rheinallee / Rheinufer Altstadt: Das Projekt wird der aktuellen Planung entsprechend fortgeführt, wobei die konkrete Verkehrsführung mit Maß und Mitwirkung überdacht und ggf. verbessert werden soll. Mit dem Projekt Rheinallee verbundene Planungs- und Bau-Maßnahmen werden nicht verzögert.

Neubau Verwaltungsgebäude: Wir bekräftigen die bisherige Absicht, im Jahr 2028 in die konkrete Planung einzusteigen.

Ortszentrum Oberpleis, Busbahnhof, Kirchvorplatz: die bereits bestehende Planung soll aktualisiert und weitergeführt werden. Mit der Umsetzung – auch in Teilabschnitten – kann unter Beachtung des Gesamtkonzepts begonnen werden.

Wir stehen für eine behutsame Bebauung, die sich gut ins Ortsbild einfügt und zu keinem unnötigen Flächenverbrauch führt. Dabei soll das Baulandmodell konsequent angewandt werden. Wir wollen weiterhin öffentlich geförderten Wohnraum schaffen.

B-Planverfahren wie Oberpleis, Vinxel, Stieldorf sollen ggf. kleiner geplant werden, ohne die bedarfsgerechte Schaffung von Wohnraum zu vernachlässigen.

Bauvorhaben „Markgrafenstraße / Am Düfenbach“ in Vinxel: Wir unterstützen das aktuelle Vorgehen und werden die Ergebnisse des Vorprojekts abwarten und gemeinsam bewerten.

Kapellenweg West / Holtorfer Straße in Vinxel: Wir sehen Gespräche mit einem potenziellen neuen Investor positiv, um eine bedarfsgerechte Lösung für den Ortsteil zu finden. Die aktuelle Planung kann dabei als Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung dienen. Änderungen sind hierbei nicht ausgeschlossen.

Stieldorf: Hier ist eine Vorkaufsrechtssatzung zum Zweck der Erweiterung des Wohngebiets und ggf. Verlagerung der Grundschule/OGS (plus Multifunktionsplatz) bereits erlassen. Diesen Gestaltungsspielraum wollen wir nutzen.

Oberpleis „Auf dem Erling“: Das Verfahren wird weitergeführt unter Würdigung der Ergebnisse der zweiten Offenlegung des Bebauungsplans.

Sankt-Sebastianus-Platz: Die aktuelle Umgestaltung soll überarbeitet werden. Dabei sind Parkplätze zu erhalten, um den Platz weiterhin für die Dorfgemeinschaft gut nutzbar zu halten. Die Umbaupläne für die bisherige Bauernschenke sollen mitbedacht werden.

Gewerbegebiet „Im Siefen“: Mit der Umsetzung soll zügig begonnen werden. Gewerbetreibende sollen nachhaltige Lösungen lt. bestehenden Vorgaben anstreben.

Chancen für die Wirtschaft

Königswinter soll wirtschaftlich stark und touristisch attraktiv bleiben. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung muss ökologische und soziale Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher Innovationskraft verknüpfen. Wir stehen für eine Stadt, die für Unternehmen, Handwerk, Gastronomie, Einzelhandel und Start-ups Chancen schafft. Die Entwicklung von neuen Gewerbeflächen zum Beispiel „Im Siefen“ schafft Platz für wirtschaftliche Entfaltung und soll in den nächsten fünf Jahren gezielt forciert werden. Dabei sollen Nachhaltigkeitsstandards definiert und in Abstimmung mit den interessierten Gewerbebetrieben umgesetzt werden. Hierbei können z.B. Anforderungen an energieeffizientes Bauen, erneuerbare Energien und ressourcenschonende Betriebsführung in den Gebieten vorgegeben werden.

Wir wollen die Altstadt und das Ortszentrum Oberpleis stärken und Leerstände gezielt abbauen. Wir bauen ein kommunales Leerstandsmanagement auf, das Eigentümer mit kreativen Nutzungsideen zusammenbringt. Temporäre Konzepte wie Pop-Up-Läden, Kunstausstellungen oder Gründungsprojekte in leerstehenden Räumen sollen gefördert werden.

Ein Parkleitsystem in der Altstadt dient zur Verbesserung der Erreichbarkeit für Kunden und Gäste. Nachhaltige Mobilitätslösungen in den Gewerbegebieten (z. B. Carsharing, ÖPNV-Anbindung, Radinfrastruktur) sollen gefördert werden.

Unser Ziel ist es, die Förderung von Co-Working-, Start-up-Zentren und Gründungsflächen im Stadtgebiet vorantreiben. Dabei ist die Vernetzung mit Hochschulen, Kammern und Start-up-Initiativen aus der Region unerlässlich. Der Einsatz von Fördermitteln aus dem Programm „Zukunftsfähige Innenstädte“ für kreative Pilotprojekte wird geprüft.

Lokale Unternehmen wollen wir verstärkt vernetzen. Dafür soll ein regelmäßiges Wirtschaftsforum Königswinter unter Beteiligung der Werbekreise aufgebaut werden. Hierbei tauschen sich Unternehmen, Stadt und Politik aus. Ein digitales Mittelstands- und Handwerksportal zur Bewerbung lokaler Anbieter und Ausbildungsbetriebe soll eingerichtet werden. In der Verwaltung brauchen wir verlässliche Ansprechpartner und beschleunigte Genehmigungsverfahren für Investitionen in Gewerbeimmobilien.

Wirtschaftsförderung soll in enger Kooperation zwischen Stadtverwaltung und WWG weiter gestärkt werden, dazu sollen Anlaufstellen für Unternehmensgründungen ausgebaut und mehr Beratungskapazität bereitgestellt werden.

Investitionen in Stadtentwicklung und Stadtbild sollen gezielt gelenkt werden. Wir schaffen Anreize für Investoren zur Sanierung alter Gebäude und zur Belebung des historischen Stadtzentrums. Das Stadtmarketing werden wir stärken, um gezielt Unternehmen, Gastronomie und Kulturinstitutionen zu unterstützen. Kooperationen zwischen Handel, Gastronomie und Landwirtschaft wollen wir fördern, um nachhaltige Wertschöpfungsketten zu etablieren.

Die Chancen und Synergien regionaler Zusammenarbeit sollen besser genutzt werden. Hierzu sind Kooperationen mit Nachbarstädten bei allen kommunalen Aufgaben anzustreben. So können gemeinsame Wirtschaftsprojekte, z.B. Projekte bei der Energieerzeugung- und Vermarktung und der Kreislaufwirtschaft, entwickelt werden. Dabei werden wir nachhaltige Wirtschaft und regionale Wertschöpfung besonders fördern.

Klimaneutrales Königswinter

Das Erreichen der Klimaneutralität bis 2035 in der Stadtverwaltung und bis 2040 für ganz Königswinter ist für uns unverändertes Ziel und wird durch konkrete Maßnahmen weiterverfolgt. Die Grundlage dafür bildet das Klimaschutz-Vorreiterkonzept. Zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels wollen wir die Klimaanpassung durch das begonnene Konzept verbessern. Erste Sofortmaßnahmen aus dem Anpassungskonzept sollen schon 2026 realisiert werden. Beim Klimaschutz orientieren wir uns an den Maßnahmen, die im Klimaschutz-Vorreiterkonzept als prioritär gelistet sind. Das Ziel der Klimaneutralität in der Stadtverwaltung (Monitoring und Controlling, Ermöglichung querschnittsorientierter Projekte) wird organisatorisch verankert. Die Stabsstelle Klimaschutz (Fördermittel-Akquise, Mithilfe für die Bürgerschaft bei der Bildung von Projekt-Genossenschaften, Qualifizierung der Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, Intensivierung der Kommunikation) wird gestärkt. Der Energieverbrauch in städtischen Liegenschaften wird durch digitales Energiemanagement reduziert.

Bei Bauanträgen soll durch ein Pilotprojekt mit der Energieagentur eine Beratung hinsichtlich energetischer Optimierung (Technik, Fördermittel-Beratung und -Unterstützung) angeboten werden. Die kommunale Wärmeplanung soll mit Schwerpunkt auf nachhaltiger Energieversorgung fortgesetzt werden. Zudem werden in Abstimmung mit der Verwaltung zwei konkrete Projekte aus dem Maßnahmenkatalog des Klimaschutz-Vorreiterkonzeptes ausgewählt und umgesetzt.

Wir wollen die Gründung eines eigenen kommunalen Stadtwerkes oder anderer Organisationsformen mit derselben Zielsetzung in Königswinter mit lokalem Energievertrieb und den sich daraus ggf. ergebenden Optionen ergebnisoffen prüfen. Dabei werden neben den Fragen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit eines Stadtwerkes insbesondere die Chancen, Wertschöpfung vor Ort zu halten, die kommunale Wärmeplanung im Sinne der Hauseigentümer aktiv zu gestalten und Gewinne zurück in den Haushalt zu führen, in den Blick genommen. Wir streben Kooperationen mit benachbarten Kommunen und Stadtwerken an, die ähnliche Ziele verfolgen. Die Nutzung gemeinsamer Strukturen zur Gründung eines interkommunalen Netzbetreibers sowie die Integration bestehender kommunaler

Netzwerke für Energieeffizienz, Nahwärme und PV-Ausbau in ein kommunales Stadtwerk wollen wir prüfen.

Pachtverträge für städtische Dachflächen, die bereits von Dritten für den Betrieb von PV-Anlagen genutzt werden, wollen wir auslaufen lassen. Die Nutzung der PV-Anlagen soll durch die Stadt (ggf. übergangsweise bis zur Gründung der Stadtwerke) in einen Eigenbetrieb überführt werden. Neue PV-Anlagen auf städtischen Dächern sollen ebenfalls von der Stadt betrieben werden.

Windkraftanlagen werden grundsätzlich befürwortet. Der Standort Kasseler Heide wird von der CDU allerdings abgelehnt, von den GRÜNEN wird der Standort grundsätzlich als geeignet angesehen. Kommunal haben wir aber keine Planungshoheit, das Regionalplan-Verfahren bei der Bezirksregierung ist noch nicht abgeschlossen. Die CDU möchte daher zunächst abwarten und auch Alternativen prüfen und die Bürgerinnen und Bürger bei einem möglichen Bau und beim Betrieb beteiligen. Die Grünen wollen kurzfristig die Beauftragung eines externen Projektierers vorbereiten, der im Bereich der Kasseler Heide die notwendigen Fakten ermittelt und in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten zur Realisierung prüft. Die Koalitionspartner werden nach Abschluss des Regionalplan-Verfahrens das weitere Vorgehen gemeinsam festlegen.

Moderne Mobilität für alle

Mobilität für alle Generationen heißt für uns vor allem: gut angebunden sein, sicher unterwegs sein, nachhaltig vorankommen - egal, ob man zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder dem Bus in Königswinter unterwegs ist. Verschiedene Verkehrsträger und Verkehrsmittel sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern wir wollen zu einem fairen Miteinander im Verkehr beitragen.

Wir machen uns stark für eine barrierefreie Stadt für Jung und Alt, sichere Schulwege und flexible Nahverkehrsangebote. Wir wollen tragfähige Lösungen für Berg-Tal-Radverbindungen suchen und vorantreiben. Die Sanierung von Straßen, Geh- und Radwegen wollen wir nachdrücklich umsetzen.

Die Gestaltungsspielräume der Stadt Königswinter bei verkehrsrechtlichen Maßnahmen sollen im Sinne der nachstehenden Ziele konsequent genutzt werden. Damit sich aus den aufgelisteten Maßnahmen kein unabgestimmter Flickenteppich entwickelt, setzen wir auf deren Koordination im Rahmen eines Nahmobilitätskonzeptes, das unter Begleitung durch externe Fachleute derzeit erstellt wird.

Zu Fuß gehen

Wer zu Fuß unterwegs ist, gehört zu den schwächsten Teilnehmern am Verkehr, und ganz besonders gefährdet sind unsere Kinder auf ihren Schulwegen. Wir wollen deshalb

- Im Eingangsbereich von Kitas, Grundschulen und OGS, wo es möglich ist, verkehrsberuhigte Bereiche oder Schulstraßen einführen,
- Schulwegkonzepte in Zusammenarbeit mit Eltern, Schulen und Polizei weiterentwickeln,
- die Beleuchtungssituation auf definierten Schulwegverbindungen überprüfen und verbessern,
- Fußgängerüberwege oder andere Querungshilfen einrichten, wo dies zur Sicherheit beiträgt,
- Bürgersteige, die die vorgegebenen Mindestbreiten unterschreiten, nach Möglichkeit verbreitern,
- Die Fußwegverbindungen insbesondere an Kreuzungen barrierefrei gestalten.

Radfahren

Fahrradverkehr als wertvoller Bestandteil des Verkehrsmittelmix soll systematisch gefördert und ausgebaut werden. Im Einzelnen sehen wir vor:

- Zwischen den Ortsteilen sollen sinnvolle und sichere Verbindungswege hergestellt und instandgehalten werden. Vorrangig ist dabei die Berg-Talverbindung entlang der Landesstraße 268 von Thomasberg bis Oberdollendorf voranzutreiben. Hierzu soll die Umsetzung von Teilabschnitten begonnen werden.
- Die Einrichtung einer Pendlerverbindung zwischen den nördlichen Königswinterer Bergorten und Bonn soll in Zusammenarbeit mit der Bundesstadt und dem Rhein-Sieg-Kreis angestrebt werden.

- Die Ausstattung von Radwegen mit bedarfsgesteuerter Beleuchtung soll geprüft werden.
- Wichtige Schulwege und Freizeit-Achsen sollen als Fahrradstraßen ausgebaut werden.
- Auf Straßen mit erheblichem Radverkehr, deren bauliche Verhältnisse keine Ausweisung eigenständiger Radwege erlauben, können Fahrbahnmarkierungen zur Sicherheit des Verkehrs beitragen.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Leihangeboten auch für Lastenräder soll gefördert werden.

Autofahren (und Parken)

Für viele Menschen ist die Nutzung von Autos unumgänglich und von existenzieller Bedeutung. Um den Individualverkehr so wenig belastend wie möglich zu gestalten, können folgende Punkte beitragen:

- die Einführung eines digitalen Parkleitsystems in der Altstadt,
- Prüfung eines einheitlichen Anwohnerparkausweises,
- die Einrichtung von Mitfahrer-Parkplätzen,
- spezifische Angebote für Touristen,
- Einrichtung von Mobilstationen, damit die kombinierte Nutzung verschiedener Verkehrsmittel erleichtert wird,
- die bedarfsgerechte Ausweitung der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität,
- die Förderung von Car-Sharing,
- die Entschleunigung des Verkehrs in Wohngebieten.

Wir wollen dort, wo es möglich ist, Anreize für die Nutzung von Alternativen schaffen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der ÖPNV ist eine wichtige Alternative zum Individualverkehr und ein erheblicher Faktor zu dessen Entlastung. Zu seiner Stärkung, und um das Angebot attraktiver zu machen, wollen wir

- die Anbindung kleinerer Siedlungsgebiete verbessern,
- Bürgerbusse, Rufbusse oder Sammeltaxen einführen,
- Bessere Busverbindungen in den Abendstunden und am Wochenende prüfen,

- uns für bessere Umsteigeverbindungen auch zwischen verschiedenen Verkehrsträgern einsetzen,
- Echtzeit-Informationssysteme für den ÖPNV (z. B. digitale Anzeigen mit Live-Abfahrtszeiten, App-Anbindung) ausbauen,
- Park and Ride-Plätze einrichten.

Mobilstationen

Die Verkehrsinfrastruktur ist nicht in allen Ortsteilen gleich gut ausgebaut. Besonders für Menschen, die nicht an zentralen Orten wohnen, kann es deshalb nützlich sein, zur Bewältigung ihrer Wege mehrere Verkehrsmittel zu kombinieren. Um dies zu fördern und zu erleichtern, wollen wir Mobilstationen einschließlich Parkmöglichkeiten und Ladeinfrastruktur (für Kfz und Fahrräder) an geeigneten ÖPNV-Knotenpunkten einrichten.

Rheinallee: Der geplante Umbau der Rheinallee soll durch ein angepasstes Verkehrskonzept ergänzt werden. Soweit bisherige Planungen wesentlich für den Erhalt staatlicher Fördermittel sind, werden diese nicht infrage gestellt. Die konkrete Regelung des fließenden Verkehrs kann jedoch noch optimiert werden. Dabei sind Belange der Verkehrssicherheit, der Aufenthaltsqualität in der Rheinallee, die Sicherstellung verlässlicher Erreichbarkeit der Rheinfähre, touristische Aspekte und Interessen gewerblicher, insbesondere gastronomischer Betriebe miteinander abzuwägen.

Ausbau der digitalen Verwaltung

Wir wollen dem Thema Digitalisierung im politischen Entscheidungsraum mehr Gewicht einräumen als bisher und haben daher den Haupt-, Personal-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss (HPFDA) gebildet. Zudem wird auch die Verwaltung dieses Thema stärker in ihren Strukturen abbilden.

Menschen sollen im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe sollen durch weniger Bürokratie, einfach nutzbare Online-Dienste und eine moderne Verwaltungskultur weiter verbessert werden.

Wir sind davon überzeugt, dass durch Digitalisierung administrative Prozesse vereinfacht, Bürokratie reduziert und die Verwaltung effizienter aufgestellt werden kann. Die Verwaltung ist Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger. Sie informiert transparent u.a. über den Bearbeitungsstand von Vorgängen und sucht den Austausch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Ziel wollen wir voll digitale, durchgängige Prozesse ohne Medienbrüche erreichen. Die Chancen aus der KI sollen bestmöglich genutzt werden.

Das vorhandene Potenzial digitaler Bürgerportale mit Online-Diensten für Anträge, Termine, Zahlungen und Statusverfolgung, z.B. von IT.NRW sollen in das Serviceangebot der Stadt eingebunden werden und über Internet, App sowie in B-Punkten zur Verfügung stehen.

Die Etablierung einer App-Lösung für Bürgerservices ist voranzutreiben. Dabei soll ein KI-gestützter Chatbot für Bürgeranfragen zu Öffnungszeiten, Anträgen und Formularen eingesetzt werden. Als weitere Beispiele für effiziente digitale Bürgerservices können Bauanträge und Raumvergabe dienen.

Die Verwaltung soll im Zuge der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) die Priorität von Digitalisierungsbestrebungen, gemessen am Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, erarbeiten und der Politik als Meilensteinplan zur Entscheidung vorlegen. Datenschutz, Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse haben dabei oberste Priorität.

Durch Digitalisierung sollen insbesondere das Ehrenamt und die Vereine unterstützt werden, z.B. durch die Einführung eines Online-Vereinsportals mit Informationen zur Raumverfügbarkeit und Funktionen zur Anmeldung von Veranstaltungen, die Bereitstellung von kostenlosen Vorlagen für Förderanträge, Plakate und Abrechnungen. Vor allem immer wiederkehrende, gleichbleibende Formalitäten lassen sich auf diesem Wege vereinfachen.

Die immer größer werdende Gruppe von Seniorinnen und Senioren ist besonders zu unterstützen und aktiv zu begleiten. Hierzu soll die Einrichtung eines Schulungsangebots zur niedrigschwelligen Nutzung digitaler Angebote ermöglicht werden.

Die Digitalisierung eröffnet Chancen für die Verwaltung, sich als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Arbeitsplätze werden familienfreundlicher, flexibel und kompetenzfördernd entwickelt.

Vorsorge für mehr Sicherheit

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Königswinter übernehmen eine elementare Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt. Deshalb tragen wir Verantwortung für die bestmögliche Unterstützung der Einheiten.

Wir wollen den Neubau beziehungsweise Umbau von Feuerwehrgerätehäusern an drei kritischen Standorten vorantreiben. Unser gemeinsames Ziel ist es, in dieser Wahlperiode eine Neubau-/Umbau-Maßnahme vollständig umzusetzen, für eine weitere eine komplette Planung vorzulegen und für einen dritten Standort die Planung vorzubereiten. Die Sanierung des Gerätehauses Löschzug Oelberg soll zügig weitergeführt werden.

Wir wollen prüfen lassen, ob beim Neubau des städtischen Bauhofs eine feuerwehrtechnische Zentrale eingerichtet werden kann.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Fundament

Einsamkeit bekämpfen – Generationen verbinden

Die Koalition will Einsamkeit wirksam bekämpfen und soziale Teilhabe für alle stärken. Unser Ziel ist eine solidarische, inklusive Gesellschaft, in der niemand allein bleibt. Wir setzen auf eine kommunale Strategie gegen Einsamkeit, die generationenübergreifend wirkt. Dies umfasst die Förderung von Dorftreffpunkten, Nachbarschaftscafés, Begegnungsorten und kreativen Jugendflächen, die zugleich nachhaltig und naturnah gestaltet sind. Besonderes Augenmerk legen wir auf die soziale und digitale Teilhabe älterer Menschen. Niedrigschwellige Angebote sollen den Zugang zu Information, Kommunikation und gesellschaftlicher Partizipation

ermöglichen. So schaffen wir eine Gesellschaft, in der Teilhabe und Gemeinschaft unabhängig vom Alter selbstverständlich sind.

Flüchtlings- und Integrationsarbeit

Wir bekennen uns zu Weltoffenheit, Solidarität und Menschenwürde. Flucht und Migration dürfen nicht instrumentalisiert werden. Deshalb stärken wir Projekte, die Geflüchtete befähigen, Gemeinschaft fördern und allen Menschen in unserer Stadt faire Chancen und verlässliche Perspektiven eröffnen.

Stärkung und Ausbau des Projekts „Integrationslotsen“

Die erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort steht und fällt mit einer qualifizierten, leicht zugänglichen Unterstützung für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Das Projekt „Integrationslotsen in Königswinter“ hat sich in den vergangenen Jahren als zentraler Baustein einer gelingenden Integrationsarbeit erwiesen. Wir setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, das Projekt Integrationslotsen weiter auszubauen, deren Ausbildung zu fördern und die Prozesse künftig in enger Abstimmung mit dem Forum Ehrenamt zu begleiten.

Prüfung eines Integrationsrates

Eine moderne Integrationspolitik lebt davon, dass nicht nur über, sondern auch mit Menschen mit Migrationserfahrung gesprochen wird. Gleichzeitig müssen Beteiligungsstrukturen handhabbar bleiben und vorhandene Gremien sinnvoll ergänzen. Deshalb wollen wir ergebnisoffen prüfen, ob ein Integrationsrat oder ein vergleichbares Beteiligungsformat für Königswinter einen tatsächlichen Mehrwert bietet. Grundlage der Bewertung soll ein Austausch zwischen Verwaltung, Ehrenamt, Fachstellen, Vereinen, Schulen, Initiativen und vor allem den direkt Betroffenen sein. Dieser Austausch passiert vor dem Hintergrund, dass Kommunen ab 5.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet sind, einen Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration zu bilden.

Bezahlkarte

Die Stadt prüft ergebnisoffen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete. Dabei werden sowohl die Erfahrungen von Kommunen, die sich für als auch gegen die Bezahlkarte entschieden haben, einbezogen. Neben möglichen Entlastungen für Verwaltung und Träger werden auch Alternativen wie eine systematische Unterstützung bei der Kontoeröffnung geprüft, um Verwaltungsaufwand zu

reduzieren und gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern. Auf dieser Grundlage werden wir eine gemeinsame Entscheidung treffen.

Bürgerbeteiligung

Wir streben eine adressatengerechte und nutzerorientierte Kommunikation an, dabei wollen wir auch hybride und digitale Formate anbieten. Wir legen den Bereich Bürgerbeteiligung in die Hände der Verwaltung. Bürgerbeteiligung soll frühzeitig sowie projekt- und ortsteilbezogen betrieben werden. In die Vorlagen der Verwaltung soll der Gliederungspunkt „Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung“ verankert werden. Daher kann der Beschluss zur Gründung eines Beteiligungsbeirats vorerst zurückgestellt werden.

Die Bürger-App soll auch Beteiligung unterstützen, z.B. durch konkrete Feedbackkanäle und die Einbindung des Mängelmelders. Wir wollen die Prozesse beim Beschwerdemanagement und dem Mängelmelder optimieren.

Inklusion und Teilhabe

Inklusion als Querschnittsaufgabe der Kommune

Die Koalition erkennt Inklusion als wichtige kommunale Aufgabe an, die alle Bereiche betrifft. Ziel ist es, Barrieren abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu verbessern. Wir werden Inklusion strukturiert und planvoll weiterentwickeln, ohne bestehende Systeme zu überfordern.

Inklusive Freizeit- und Vereinsangebote gemeinsam stärken

Inklusive Angebote im Freizeit- und Sportbereich sind ein wichtiger Bestandteil lokaler Teilhabe. Sie können nur im engen Austausch mit Vereinen und Trägern entstehen. Die Kommune wird Rahmenbedingungen schaffen, die solche Angebote erleichtern – etwa durch Unterstützung bei der Nutzung kommunaler Infrastruktur. Ziel ist es, bestehende Initiativen zu stärken und neue Impulse zu ermöglichen, ohne zusätzliche Bürokratie aufzubauen.

Stärkung der Seniorenvertretung

Die Seniorenvertretung spielt eine wichtige Rolle für die Belange älterer Menschen. Die überarbeitete Satzung und die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung unterstreichen ihr zunehmendes Gewicht. Wir werden die Seniorenvertretung weiterhin konstruktiv unterstützen, ihre Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse sicherstellen und ihre Arbeitsfähigkeit stärken.

Gleichstellung und Vielfalt

Wir stärken die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und stellen die dafür notwendigen personellen und zeitlichen Ressourcen im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten sicher. Bestehende Selbstverpflichtungen der Stadt werden mit konkreten Maßnahmen hinterlegt, um eine wertschätzende und diskriminierungssensible Verwaltungskultur weiterzuentwickeln.

Geschlechtersensible Perspektive in allen Bereichen

Integrations-, Familien- und Bildungsangebote, Kultur, Ehrenamt, Sport, Freizeit und Gesundheitspolitik sollen unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen. Deshalb wollen wir geschlechtersensible Perspektiven mitdenken – von der Gesundheitsvorsorge über die Sozialpolitik bis zur Planung von Sportstätten.

Chancengerechte Bildung und Förderung

Kindertagesbetreuung

Die Koalition ist sich der kommunalen Verantwortung für die Kindertagesbetreuung bewusst. Eine qualitätsorientierte, verlässliche Betreuung ist für uns ein elementarer Faktor. Wir wollen die Angebote in der Kindertagesbetreuung bedarfsorientiert weiterentwickeln.

Die bestehende Trägervielfalt wird im Sinne des Subsidiaritätsprinzips erhalten und gestärkt. Freie und insbesondere ehrenamtlich getragene Träger werden durch eine fachlich ausgestattete Servicestelle (mindestens 0,5 Stellenanteile) der Stadt gezielt gestärkt und bei Personal-, Rechts- und Verwaltungsfragen sowie Fragen des Qualitätsmanagements entlastet. Die Servicestelle arbeitet in enger Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung, die ebenso mit entsprechenden Ressourcen auszustatten ist.

Wo jedoch die Stärkung und Entlastung ehrenamtlicher Träger dauerhaft nicht gelingt, ist die Kommune verpflichtet, tragfähige Alternativen zu prüfen (z. B. durch Übernahme in kommunale Trägerschaft). Kommunale Kitas können eine weitere Säule der Trägervielfalt bilden und der Stadt zusätzliche Steuerungsmöglichkeiten

bei Personalauswahl, Öffnungszeiten, Qualitätsstandards, Inklusion und konzeptionellen Schwerpunkten eröffnen.

Die Stadt entwickelt das bestehende und regelmäßig tagende Kita-Netzwerk weiter. Das Kita-Netzwerk wird fachlich durch das Jugendamt, die Jugendhilfeplanung und die kommunale Servicestelle für Trägerunterstützung begleitet.

Außerdem stärkt die Koalition Familienzentren nach §§ 42, 43 KiBiz und plusKITA-Angebote nach § 44 KiBiz bzw. entsprechende Folgeprogramme als sozialraumorientierte Knotenpunkte der Familienbildung und „Frühen Hilfen“.

Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung und Offenen Ganztag

Die Koalition strebt an, das Gesamtaufkommen der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztag möglichst stabil zu halten und zugleich die Beitragsstruktur sozial gerechter auszugestalten. Hierzu wird die Beitragstabelle in mehrere, feinere Einkommensstufen unterteilt.

In den unteren Einkommensstufen (bis EK-Stufe 2) bleibt die Beitragsfreiheit für Kita und Kindertagespflege erhalten. Die Beiträge für die OGS werden in den unteren Einkommensstufen (bis EK-Stufe 2) niedrig gehalten. Damit stellt die Stadt sicher, dass Kinder unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern Zugang zu frühkindlicher Bildung und verlässlicher Betreuung haben und die soziale Teilhabe gestärkt wird.

Schulen modernisieren und Lernorte stärken

Die Koalition verpflichtet sich, die im Schulentwicklungsplan ausgewiesenen Sanierungs- und Ausstattungsbedarfe konsequent abzuarbeiten. Grundlage ist eine regelmäßige, frühzeitige Fortschreibung des Schulentwicklungsplans, um Bedarfe rechtzeitig zu erkennen und planerisch zu berücksichtigen. Auf dieser Basis analysiert die Verwaltung systematisch den Bedarf und nimmt Priorisierungen vor. Ziel sind moderne, barrierefreie und klimaangepasste Lernorte mit guter digitaler Infrastruktur in allen Schulformen.

Klimaschutz an Schulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Koalition stärkt Klimaschutz und Ressourcenschonung an den Schulen in Königswinter. Projekte wie „Schlau unterwegs – Energiesparmodell an Schulen“ werden über die aktuelle Förderlaufzeit hinaus fachlich begleitet und – soweit möglich – verstetigt. Ziel ist es, pädagogische Maßnahmen zur Energieeinsparung

(Energieteams, Projektstage, Beteiligung von Schülerinnen und Schüler) systematisch mit technischen und organisatorischen Optimierungen im städtischen Gebäudemanagement zu verknüpfen.

Die Stadt nutzt Förderprogramme von Bund, Land und Kreis konsequent, um Energiesparmodelle an möglichst vielen Schulen zu etablieren und mit finanziellen Anreizsystemen für die Schulen zu verknüpfen. Klimaschutz an Schulen wird zugleich als Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung verstanden und in Schulprogrammen, Projekten und Kooperationen mit externen Partnern weiter verankert.

Schulsozialarbeit stärken

Die Schulsozialarbeit wird bedarfsgerecht ausgebaut und in die Jugendhilfeplanung einbezogen, um Schülerinnen und Schüler insbesondere in belasteten Sozialräumen bei Bildungsübergängen, Konflikten und Krisen zu unterstützen und Schule als sicheren, zugewandten Lern- und Lebensort zu etablieren.

Ferienangebote und außerschulische Bildung

Die Koalition stärkt Ferienfreizeiten und außerschulische Bildungsangebote als wichtigen Beitrag zu Chancengerechtigkeit, Entlastung von Familien und gelingender Persönlichkeitsentwicklung. Ferienangebote, Workshops und stadtteilbezogene Aktionen werden als Teil der kommunalen Verantwortung für gute Kinder- und Jugendarbeit verstanden und – insbesondere in Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Jugendzentren – weiter ausgebaut. Dabei werden Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen besonders in den Blick genommen.

Offene Bildungs- und Begegnungsangebote

Die Koalition baut offene Treffpunkte und außerschulische Bildungs- und Begegnungsangebote für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht aus. Dazu gehört auch die Entwicklung jugendfreundlicher Treffpunkte im öffentlichen Raum. Auf Grundlage der Jugendhilfeplanung und in enger Beteiligung der Jugendlichen prüft die Stadt Bedarf, Standorte und Ausgestaltung von Angeboten wie Graffiti-Wänden, Pumptrack-Anlagen, Skateparks und ähnlichen Bewegungs- und Begegnungsflächen. Ziel ist es, attraktive, gut erreichbare und konfliktarme Räume

für junge Menschen zu schaffen, die ihre Freizeitgestaltung, Gesundheit und Beteiligung im Stadtgebiet unterstützen.

Musikschule und VHS

Die Musikschule in ihrer Bedeutung der ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit durch die Förderung von Kreativität, Konzentration, sozialen Fähigkeiten und lebenslanger Freude an der Musik soll allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhalten bleiben. Sie ermöglicht als öffentliche Bildungseinrichtung durch musikalische Früherziehung, Instrumentalunterricht und Ensemblespiel die musikalische Bildung und Förderung von Menschen aller Altersgruppen.

Hier sind bisher engagierte Musiklehrkräfte fast ausschließlich auf Honorarbasis tätig. Die Umsetzung der sich aus der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes („Herrenberg-Urteil“) ergebenden Anforderung stellt eine große Herausforderung für die kommunale Finanzierung der Musikschule dar, der wir uns im Rahmen der kommunalen Haushaltsmöglichkeiten bewusst stellen werden. Zur Finanzierung wollen wir gezielt Ansätze zur interkommunalen Zusammenarbeit, auch übergreifend mit Angeboten der VHS, prüfen. Damit bleibt die Qualität und Breite der Angebote erhalten. Kinder, Jugendliche und Elternschaft möchten wir in den Entscheidungsprozessen mitnehmen und die Kommunikation verbessern.

Das NRW-Förderprogramm „JeKits“, das jedem Kind den Zugang zu Instrumenten und die Möglichkeit zu tanzen und zu singen bietet, soll mit Unterstützung der Musikschule in unserer Stadt weiterhin mit Leben erfüllt werden. Die Vielfalt des VHS-Angebotes wollen wir fördern und erhalten, die interkommunale Zusammenarbeit soll ausgebaut werden.

Beteiligung junger Menschen und politische Bildung

Die Koalition stärkt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen. Auf Grundlage eines Dialogs mit Jugendlichen, Schulen, Jugendhilfe und Verwaltung wird erörtert, wie bestehende Beteiligungsformate (Speed Debating, Kinder- und Jugendforum etc.) gestärkt bzw. weiter ausgebaut und neue entwickelt werden können.

Ergänzend sollen Formate wie kommunalpolitische Praktika für Schülerinnen und Schüler, Ausschussbesuche mit Schulklassen, Runde Tische mit Jugendlichen, Verwaltung, Schulen und Politik sowie Beteiligungsangebote in Jugendzentren,

Ferienfreizeiten und bei städtischen Veranstaltungen ins Auge gefasst werden, um Demokratie erfahrbar zu machen und das Interesse junger Menschen an Kommunalpolitik zu fördern.

Stärkung von Ehrenamt, Kultur und Städtepartnerschaften

Ehrenamt

Vereine unterstützen, Mehrzweckräume und Bürgerhäuser nutzbarer machen: Um das gesellschaftliche Engagement vor Ort zu stärken, verbessern wir die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit kommunaler Mehrzweckräume und Bürgerhäuser durch ein digitales Antragsverfahren und klare Ansprechpartner. Gleichzeitig richten wir eine zentrale Koordinationsstelle in der Verwaltung ein, die Vereine, Einrichtungen und Ehrenamtliche berät, Fördermöglichkeiten erschließt, Projekte begleitet und die ämterübergreifende Zusammenarbeit stärkt. So schaffen wir transparente Abläufe, erleichtern die Planung und unterstützen alle Vereine.

Stabsstelle zur Stärkung des Ehrenamts (und zugleich gegen Einsamkeit) einrichten: Das ehrenamtliche Engagement trägt maßgeblich zum sozialen und kulturellen Leben in Königswinter bei. Zur besseren Unterstützung, Koordination und Sichtbarkeit des Ehrenamts wird eine zentrale Stabsstelle eingerichtet. Sie soll Ansprechpartnerin für Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche sein und deren Arbeit strukturell stärken.

Digitales Vereinsportal aufbauen: Um die Arbeit von Vereinen zu erleichtern, wird ein digitales Vereinsportal entwickelt. Es soll Vorlagen für Anträge bereitstellen, Informationen zu Veranstaltungsanmeldungen bündeln, Zugriff auf kommunale Raumverfügbarkeiten ermöglichen und die Kommunikation mit der Verwaltung vereinfachen. Ziel ist es, bürokratische Hürden zu reduzieren und die Vereinsarbeit effizienter zu gestalten.

Kultur - Kulturförderung verlässlich gestalten

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Vielfalt des kulturellen Lebens in Königswinter. Wir wollen das bestehende Volumen der Kulturförderung beibehalten

und fortschreiben. Erklärtes Ziel ist es, Vereine, Initiativen und Kulturschaffende weiterhin zuverlässig zu unterstützen.

Um die Kulturförderung transparenter, gerechter und planbarer zu gestalten, werden die Kulturförderrichtlinien überarbeitet. Dabei sollen sowohl klare Kriterien als auch eine über das Jahr möglichst ausgeglichene Vergabe der Fördermittel berücksichtigt werden. Die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe wird für diesen Prozess fortgeführt.

Aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen aus der Förderpraxis und der Arbeit der AG streben wir perspektivisch die Entwicklung eines Kulturentwicklungsplans an. Dieser soll langfristige Ziele formulieren, kulturelle Bedarfe ermitteln und strategische Entwicklungswege aufzeigen, um die Kultur vor Ort nachhaltig zu stärken.

Städtepartnerschaft - Partnerschaften aktiv pflegen

Die Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag zu internationalem Austausch, kultureller Verständigung und bürgerschaftlichem Engagement. Die bestehenden Partnerschaften mit Cognac sowie mit Cleethorpes/North East Lincolnshire sollen weiterhin aktiv gepflegt und mit passenden Projekten und Begegnungsformaten unterstützt werden.

Ergänzend begrüßen wir die aufgenommenen Schritte zur Anbahnung einer Solidarpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Boryslaw und unterstützen weitere Bestrebungen in diesem Bereich.

Unterstützung für Sport, Freizeit und Gesundheit

Sport- und Freizeitangebote leisten einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität. Wir wollen bestehende Strukturen erhalten und zugleich neue, zeitgemäße Möglichkeiten für Bewegung und Begegnung schaffen.

Sportstätten

Unsere öffentlichen Sportstätten sind zentrale Orte für Vereinsleben, Schul- und Breitensport. Wir wollen sie erhalten, bedarfsgerecht modernisieren und langfristig funktionsfähig halten – mit nachhaltigen Standards und barrierearmer Nutzung, damit Menschen jeden Alters Zugang zu Bewegung haben.

Zudem prüfen wir den Bedarf an zusätzlichen Sport- und Bewegungsangeboten wie Multifunktionsplätzen, die flexibel nutzbar sind und auch ohne Vereinsbindung Bewegung ermöglichen. So schaffen wir wohnortnahe, vielseitige Räume, die körperliche Aktivität im Alltag fördern.

Freibad

Das Lemmerz-Freibad ist ein zentraler Ort für Freizeit, Sport, Familienzeit und sommerliche Erholung. Wir setzen uns dafür ein, das Freibad als attraktiven, familienfreundlichen und sportlichen Begegnungsort dauerhaft zu sichern.

Die Sanierung des Freibads soll konsequent im bestehenden Zeit- und Finanzrahmen fortgeführt werden.

Unterstützung für Geburtshaus, Frauenhäuser und Beratungsstellen

Die geburtshilfliche Versorgung in der Region hat sich deutlich verschlechtert, da mehrere Kliniken ihre Geburtsstationen geschlossen haben. Das geplante Geburtshaus Siebengebirge ist daher ein wichtiger Schritt, um die wohnortnahe Geburtshilfe zu sichern. Wir unterstützen das Vorhaben ausdrücklich, setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung geschaffen werden und bekräftigen die 2022 beschlossene Anschubfinanzierung.

Ebenso unterstützen wir Frauenhäuser und Beratungsstellen, die für Betroffene von Gewalt oder Krisensituationen unverzichtbar sind.

Medizinische Versorgung und psychische Gesundheit

Die Verwaltung lädt regelmäßig Ansprechpartner aus dem Kreis in den Ausschuss für Soziales, Ehrenamt, Generationen, Gesundheit und Integration (ASEGGI) ein, um über die medizinische Versorgungsstruktur in Königswinter zu berichten. Ziel ist es, die vorhandenen Strukturen transparent darzustellen, Handlungsfelder zu identifizieren und frühzeitig zu prüfen, inwiefern die Kommune die Versorgung beeinflussen oder steuern kann. Insbesondere sollen psychotherapeutische Angebote in der Stadt – auch für Kinder und Jugendliche – in den Fokus genommen werden. So wollen wir die bestmögliche Unterstützung für eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung leisten.

Bewegung im Alltag fördern

Regelmäßige Bewegung ist eine der wirksamsten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Wir wollen deshalb bewegungsfreundliche Strukturen im

Alltag weiter ausbauen – durch sichere Radwege, attraktive Grün- und Aufenthaltsflächen sowie einfach zu nutzende Sport- und Bewegungsangebote für alle Generationen. Eine enge Verzahnung mit Sport-, Verkehrs- und Jugendpolitik ist dabei entscheidend.

Hitzeaktions- und Schutzkonzepte

Extreme Hitze trifft besonders ältere Menschen, Kinder, Erkrankte und sozial benachteiligte Gruppen. Wir entwickeln und setzen Hitzeaktions- und Schutzkonzepte um, die Information, Prävention und konkrete Maßnahmen verbinden. Dazu gehören u.a. mehr Schattenräume, Trinkstellen, kühlere Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum sowie Maßnahmen an sensiblen Einrichtungen wie Kitas und Pflegeheimen.

Zusammenarbeit in der Koalition

CDU und Bündnisgrüne haben diese Vereinbarung zur Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2025-2030 in einem partnerschaftlichen Miteinander erarbeitet.

Für die Organisation der Koalitionsarbeit werden geeignete Strukturen und Verfahren etabliert und bei Bedarf weiterentwickelt. Dazu haben sich beide Partner auf Folgendes verständigt:

Die Koalitionspartner streben bei der Umsetzung der Projekte und Ziele der Koalitionsvereinbarung eine gemeinsame Abstimmung im Rat und in den Ausschüssen an. Dies gilt auch für zukünftige bzw. darüber hinaus gehende Themen. In der Außendarstellung werden wir geschlossen und im gegenseitigen Respekt agieren. Grundsätzlich vereinbaren beide Parteien ein gemeinsames Vorgehen bei Anfragen und Anträgen. Eigene Anfragen oder Anträge sind jedoch im Einzelfall möglich und werden mit angemessenem zeitlichem Vorlauf zuerst dem Koalitionspartner vorgeschlagen und mit dem Ziel einer gemeinsamen Initiative beraten.

Über Initiativen anderer Fraktionen beraten die Koalitionspartner mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens. Eine Zusammenarbeit mit der AfD schließen beide Partner

aus. Die für Entscheidungen benötigten Mehrheiten werden wir immer mit demokratischen Kräften herstellen.

Für die Planung von mittelfristigen Themen und längerfristigen Absprachen wird ein Koalitionsausschuss gebildet. In diesen entsenden beide Partner je vier Personen aus Partei- und Fraktionsführung. Der Koalitionsausschuss dient auch zur strategischen Ausrichtung und Überprüfung der Koalitionslinie und tritt regelmäßig, mindestens halbjährlich zusammen.

In der Regel führen beide Partner getrennte Fraktionssitzungen durch. In größeren Abständen werden zur konkreten Abstimmung in der aktuellen Ausschuss- und Ratsarbeit und auch als Teambildungsmaßnahmen gemeinsame Fraktionssitzungen sowie Workshops durchgeführt. Es findet ein enger inhaltlicher Austausch zwischen den Fraktionsspitzen statt. Die Fraktionsvorsitzenden der beiden Partner nehmen die Funktion der „letzten Instanz“ bei kurzfristigen Krisengesprächen wahr.

Die Ausschusssprecherinnen und Ausschusssprecher beider Partner stimmen sich eng mit den entsprechenden Ausschussvorsitzenden des jeweiligen Partners vor den Fraktionssitzungen zu einer gemeinsamen Linie ab. Die Ausschusssitzungen werden durch die Sprecherinnen und Sprecher und die jeweiligen Ausschussmitglieder der Koalition ggf. unter Beteiligung der Verwaltung vorbereitet.

CDU Stadtverband



Christian Steiner
Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband



Sophie Giannakoudis
Co-Vorsitzende

CDU Fraktion



Stephan Unkelbach
Fraktionsvorsitzender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Thomas Koppe
Fraktionsvorsitzender